

09.09.2021

Kleine Anfrage 5958

des Abgeordneten Stefan Kämmerling SPD

Der Fall Kienitz: Blieb es bei nur einem Telefonat zwischen der Ministerin Scharrenbach und der Kölner Oberbürgermeisterin Reker?

Die Ereignisse rund um das Besetzungsverfahren für einen Stadtentwicklungsdezernenten für die Stadt Köln werfen Fragen zur Rolle von Kommunalministern Scharrenbach auf. In der Antwort auf die Kleine Anfrage 5787 gibt die Ministerin auf die Frage nach einem Austausch im Fall Kienitz zwischen ihr und der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker an: ‚Frau Oberbürgermeisterin Reker hat mir am 23. Juli 2021 in einem Telefonat den Sachverhalt aus Sicht der Stadt Köln dargestellt. Dieser wurde durch mich zur Kenntnis genommen.‘

Die Beantwortung der Frage lässt aus Sicht des Verfasser dieser Kleinen Anfrage offen, ob es über das genannte Telefonat hinaus weitere Kommunikation zwischen der Ministerin und der Kölner Oberbürgermeisterin in der Causa Kienitz gegeben hat.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat es außer dem Telefonat vom 23. Juli 2021 weiteren Austausch zwischen der Kölner Oberbürgermeisterin Reker und Ministerin Scharrenbach betreffend das Besetzungsverfahren für einen Stadtentwicklungsdezernenten für die Stadt Köln gegeben? (Bitte einzeln sowie jeweils mit Datum und Kommunikationsweg aufführen)
2. Hat es betreffend das Besetzungsverfahren für einen Stadtentwicklungsdezernenten für die Stadt Köln außer dem o.g. Telefonat vom 23. Juli 2021 einen Austausch zwischen der Verwaltung der Stadt Köln und dem MHKBW gegeben? (Bitte einzeln nach Personen, Positionen sowie jeweils mit Datum und Kommunikationsweg aufführen)
3. Sofern die Frage 2 bejahend beantwortet wird: Welchen Inhalts war ein solcher Austausch?
4. Ist es üblich, dass es einen Austausch zwischen Hauptverwaltungsbeamten von nordrhein-westfälischen Städten und Kommunen und der Ministerin Scharrenbach in Personalbesetzungsprozessen rund um Beigeordnete gibt?
5. In welchen Fällen seit dem Jahr 2017 hat es einen Austausch zwischen Hauptverwaltungsbeamten von nordrhein-westfälischen Städten und Kommunen und der Ministerin Scharrenbach in Personalbesetzungsprozessen rund um Beigeordnete gegeben?

Stefan Kämmerling

Datum des Originals: 09.09.2021/Ausgegeben: 10.09.2021